



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 14.5.2002
SEK(2002) 568

ARBEITSDOKUMENT DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

Die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft

Aktionsprogramm 2002

Die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft

Aktionsprogramm 2002

1. In diesem Arbeitspapier werden die wichtigsten Maßnahmen beschrieben, welche die Kommission in letzter Zeit zur Umsetzung der Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft im Sinne der Erklärung des Rates und der Kommission vom November 2000¹ vorgeschlagen, eingeleitet oder geplant hat. In diesem Zusammenhang wird auf die wesentlichen Aktionsbereiche für 2002 eingegangen. Mit dem Papier wird über die Maßnahmen der Kommission informiert und das Aktionsprogramm 2001² aktualisiert.

2. Für jede eingeleitete oder geplante Maßnahme werden die erwarteten Ergebnisse, ein Zeitplan und der Stand der Umsetzung angegeben. Das Dokument gliedert sich in zwei große Teile: politische Fragen und Arbeitsmethoden. Es gibt einen Überblick über die Maßnahmen und Initiativen im Zusammenhang mit den als prioritär ausgewiesenen Aktionsbereichen oder Querschnittsthemen. Weiterhin behandelt es die Verbindungen mit verwandten Politikfeldern, wie etwa der Konfliktverhütung oder der Verknüpfung von Soforthilfe, Rehabilitation und Entwicklung, sowie die Synergieeffekte mit anderen EG-Politiken, z. B. in den Bereichen Informationsgesellschaft und Umwelt.

3. Im Jahr 2002 stehen die folgenden Bereiche im Vordergrund: (i) globale Entwicklungsfragen im Zusammenhang mit der Entwicklungsagenda von Doha, der Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey und der Konferenz über nachhaltige Entwicklung in Johannesburg; (ii) Gesundheits- und Bildungsmaßnahmen sowie die Koppelung von armutsmindernder Haushaltsstützung mit Sektorprogrammen; (iii) Vorbereitungen für die Aushandlung von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten. Außerdem fallen unter das Aktionsprogramm 2002 folgende Bereiche: Folgemaßnahmen zu den im Zusammenhang mit den Querschnittsthemen 2001 eingeleiteten Politikinitiativen, einschließlich in den Bereichen Stabilität und Sicherheit; die von der dienststellenübergreifenden Gruppe für Qualitätssicherung ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Abläufe und der Inputqualität bei den EG-Programmen; Zusammenarbeit und Koordinierung mit den UN-Einrichtungen; Fortsetzung der Relex-Reform (Dekonzentration und Rationalisierung der Haushaltslinien) sowie laufende Zusammenarbeit und kontinuierlicher Dialog mit NRO.

¹ Erklärung des Rates und der Kommission vom 10. November 2000.

² SEK(2001)808 vom 21.05.2001.

INHALT

TEIL I: POLITISCHE FRAGEN	4
1. Länderstrategien und Massnahmen zur Armutsbekämpfung	4
2. Verbesserung der Mechanismen für die Zuweisung von Finanzmitteln	6
3. Globale Entwicklungsfragen	7
4. Festlegung und Umsetzung der EG-Strategien für die Schwerpunktbereiche	8
4.1 Handel und Entwicklung	8
4.2 Regionale Integration und Zusammenarbeit	11
4.3 Makroökonomische Politik und gleichberechtigter Zugang zu sozialen Diensten (Gesundheits- und Bildungswesen)	12
4.4 Verkehr	15
4.5 Ernährungssicherheit und nachhaltige ländliche Entwicklung	17
4.6 Aufbau institutioneller Kapazitäten	19
5. Festlegung und Umsetzung von Strategien für Querschnittsthemen	20
5.1 Menschenrechte	20
5.2 Generelle Berücksichtigung der Gleichstellung der Geschlechter	21
5.3 Umwelt	22
6. Synergieeffekte und Verbindungen mit anderen Politikfeldern	25
6.1 Verknüpfung von Soforthilfe, Rehabilitation und Entwicklung	25
6.2 Konfliktverhütung und friedensfördernde Strategien	26
6.3 Migration und Entwicklung	27
6.4 Außenpolitische Dimension globaler Umweltfragen	28
6.5 Informationsgesellschaft	29
6.6 Organisiertes Verbrechen und Terrorismus	30
TEIL II: GRUNDSÄTZE UND ARBEITSMETHODEN	31
7. Stärkung der Partnerschaft und Förderung der Eigenverantwortung	31
8. Förderung der Partizipation nichtstaatlicher Akteure	32
9. Gewährleistung der Koordinierung und Komplementarität mit den Mitgliedstaaten und anderen Gebern	33
10. Verbesserung der Politikkohärenz	35
11. Raschere Bereitstellung und bessere Qualität der Aussenhilfe	36
11.1 Stärkung des Programmierungsprozesses	36
11.2 Vereinheitlichung der Verwaltung des Projektzyklus beim Amt für Zusammenarbeit EuropeAid	37
11.3 Reform der Rollenverteilung zwischen Mitgliedstaaten und Kommission ("Komitologieverfahren")	38
11.4 Übertragung von Aufgaben und Befugnissen auf die EG-Delegationen in Drittländern (Dekonzentration)	38
11.5 Ausbau der Evaluierungsfunktion	40
11.6 Verringerung der Zahl der Instrumente und Vereinfachung der Verfahren	40
12. Bessere Information	42

TEIL I: POLITISCHE FRAGEN

Auszug aus der gemeinsamen Erklärung über die Entwicklungspolitik der EG:

Oberstes Ziel der Entwicklungspolitik der Gemeinschaft muss die Minderung der Armut unter der Perspektive ihrer letztendlichen Beseitigung sein. Dieses Ziel impliziert, dass die nachhaltige wirtschaftliche, soziale und umweltrelevante Entwicklung unterstützt, die schrittweise Einbeziehung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft gefördert und der Wille vorhanden sein muss, Ungleichheit zu bekämpfen.

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
1	<p>LÄNDERSTRATEGIEN UND MASSNAHMEN ZUR ARMUTSBEKÄMPFUNG</p> <p>Ziel: Bessere Ausrichtung der Länderstrategiepapiere und Kooperationsprogramme der EG auf die Armutsbekämpfung durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung der Strategien zur Armutsbekämpfung (PRSP), wo solche vorhanden sind; - systematische Aufstellung geeigneter Ergebnisindikatoren für die Kooperationsprogramme der EG zur Messung und Überprüfung der Fortschritte. 			
	<ul style="list-style-type: none"> • Die 2000 eingeleitete Erstellung von Länderstrategiepapieren³ kam 2001 zunehmend voran und wird 2002 fortgesetzt werden. • Die Länderstrategiepapiere (LSP) dienen den EU-Hilfeprogrammen als Rahmen und stützen sich auf die Ziele der EU/EG und den Grundsatz der Politikkohärenz, das politische Programm der Regierung des Partnerlandes, eine Analyse der Lage 	<ul style="list-style-type: none"> • Gezieltere Ausrichtung, mehr Eigenverantwortung, Komplementarität mit den Maßnahmen der anderen Geber, Konsultation der Zivilgesellschaft vor Ort. • Engere Verknüpfung zwischen den Länderstrategien und der EG-Hilfe. • Armutsspezifische Ergebnisindikatoren in allen LSP und so vielen PRSP wie möglich. 	<p>AKP:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 76 % aller LSP wurden 2001 entworfen (für 82 % der programmierbaren Mittel); davon wurden 18 LSP von der Kommission genehmigt. Voraussichtlich werden alle LSP bis Ende 2002 genehmigt, außer im Falle der Länder, mit denen die Zusammenarbeit aus politischen Gründen ausgesetzt wurde oder in Verzug ist (z. B. Liberia, Togo, DRK). - Südafrika: Abschluss der Programmierung für 2000-2002 im Februar 2000 	in Arbeit

³ Standardrahmen für Länderstrategiepapiere, SEK(2000)1049 vom 15.6.2000 und Schlussfolgerungen des Rates vom 10. November 2000.

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<p>im Partnerland und die Aktivitäten anderer wichtiger Geber.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung von auf alle Regionen anwendbaren beispielhaften Leistungsindikatoren für die LSP in Zusammenarbeit mit Experten aus den Mitgliedstaaten und des OECD-DAC. • Förderung der Konzeption von Strategiepapieren für die Armutsbekämpfung (PRSP) in Ländern mit mittlerem Einkommen. • Anpassung der ALA-Verordnung an die neuen Ziele der Entwicklungspolitik und die neuen Programmierungsmechanismen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Größere Kohärenz mit den Sektorprioritäten der EG und bessere Vergleichbarkeit der Länderprogramme untereinander. • Grundlage für eine fundiertere Koordinierung und Einigung in Bezug auf die Strategien in den Verwaltungsausschüssen (in denen die Mitgliedstaaten und die Kommission vertreten sind). • Erfüllung der Anforderungen der Mitgliedstaaten im Hinblick auf Informationen zu den verschiedenen Finanzinstrumenten. 	<p>2003-2006 bis Ende 2002.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung von Leistungsindikatoren, 2001 eingeleitet, 2002 fortzusetzen <p>Asien: Genehmigung der Programmplanung für 2001-2006 im Jahr 2001.</p> <p>Lateinamerika: Genehmigung der Programmplanung für 2001-2006 im Juli 2000. Vereinbarungen in Form von Memoranda of Understanding (entsprechen den NRP) zur Umsetzung der Länderstrategiepapiere von 1998 wurden unterzeichnet (Zentralamerika) oder werden derzeit fertig gestellt (Südamerika). Überprüfung der Länderstrategien gemäß dem LSP-Rahmen spätestens im ersten Halbjahr 2002.</p> <p>ÜLG: Annahme der Durchführungsverordnung zum Ratsbeschluss über die Beziehungen zu den ÜLG voraussichtlich bis zum 1.12.2002.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kommissionsvorschlag bis Mai/Juni 2002. • <p>MEDA Abschluss der regionalen und nationalen Programmplanung im Jahr 2001 (außer</p>	<p>in Arbeit</p> <p>abgeschlossen</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
			Westjordanland und Gazastreifen)	
2	VERBESSERUNG DER MECHANISMEN FÜR DIE ZUWEISUNG VON FINANZMITTELN Ziel: Die Finanzmittel (des EEF und des Haushaltsplans/Rubrik 4 - außenpolitische Maßnahmen) sollten so zugewiesen werden, dass sie möglichst wirksam zur Armutsbekämpfung beitragen. Folglich sollte den am wenigsten entwickelten Ländern und den anderen Ländern mit niedrigem Einkommen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Anstrengungen der Regierungen der Partnerländer zur Armutsminderung sowie ihre Leistungen und ihre Absorptionskapazität sollten ebenfalls gebührend berücksichtigt werden. Unter den Ländern mit mittlerem Einkommen sollten diejenigen Länder Priorität erhalten, in denen der Anteil der Armen an der Bevölkerung relativ hoch ist und die sich uneingeschränkt um die Umsetzung kohärenter Armutsminderungsstrategien bemühen.			
	<p>Operative Methode für die Zuweisung der EG-Finanzhilfe wurde bzw. wird gerade entwickelt.</p> <ul style="list-style-type: none"> Im Falle der AKP-Staaten berücksichtigen die Kriterien für die Mittelzuweisung die Bedürfnisse, die politischen Leistungen und die Anstrengungen zur Armutsminderung, die Regierungsführung, die Umsetzung der Hilfe und die Absorptionskapazität, die Verwundbarkeit sowie die Prioritäten und Verpflichtungen der EU. MEDA, ALA und Tacis: Entwicklung einer neuen Methode, die Bedürfnis-, Bevölkerungs- und Armutsindikatoren sowie Indikatoren für die politischen und wirtschaftlichen Leistungen umfasst. 	<ul style="list-style-type: none"> Bessere Bewertung und Überwachung des Beitrags der Gemeinschaft zur Armutsbekämpfung auf der Grundlage einer von Rat und Parlament gebilligten Methode. Stärkere Berücksichtigung der Armut bei der Verteilung der EG-Hilfe nach Land. 		<p>AKP: abgeschlossen</p> <p>in Arbeit</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
3	 Globale Entwicklungsfragen			
	<ul style="list-style-type: none"> • Mitteilung: Auf dem Weg zu einer globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung⁴. • Mitteilung: Vorbereitung der Konferenz über die Finanzierung der Entwicklung (Monterrey)⁵. • Mitteilung: Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung: Eine Studie über das internationale Währungs- und Finanzsystem und die Entwicklungsfinanzierung⁶. • Voranbringen der Debatte über Mechanismen für die Festlegung von Prioritäten im Bereich der globalen Kollektivgüter. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die im Rahmen der internationalen Konferenzen eingeleiteten parallelen Prozesse ergänzen und verstärken sich gegenseitig. • Mehr politisches Profil der Entwicklungshilfe. • Entschlossenheit der EU, Fortschritte hinsichtlich der Zielvorgabe von 0,7 % des BSP für öffentliche Entwicklungshilfe zu erreichen. Anstieg des EU-Durchschnitts auf 0,39% bis 2006 und des Beitrags der einzelnen Mitgliedstaaten auf mindestens 0,33% bis 2006. • Höhere Bewertung der politischen Kohärenz durch die EG und die Mitgliedstaaten. 	<p>erstes Halbjahr 2002</p> <p>erstes Halbjahr 2002</p>	<p>abgeschlossen</p> <p>abgeschlossen</p> <p>abgeschlossen</p>

⁴ KOM(2002) 82 endg.

⁵ KOM(2002) 87 endg.

⁶ KOM(2002) 81 endg.

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<ul style="list-style-type: none"> • Weitere Suche nach neuen Finanzierungsquellen für die Entwicklung. • Folgemaßnahmen zum EU-Afrika-Gipfel und Vorbereitung des nächsten Gipfels (Kairo-Prozess, Zusammenarbeit mit der OAU) 		2002	
<p>4 FESTLEGUNG UND UMSETZUNG DER EG-STRATEGIEN FÜR DIE SCHWERPUNKTBEREICHE</p> <p>Kontext: Sechs Schwerpunktbereiche wurden nach den folgenden beiden Kriterien ausgewählt: Erstens müssen die gewählten Bereiche zur Beseitigung der Armut, zur nachhaltigen Entwicklung und zur schrittweisen Integration der Länder in den Weltmarkt beitragen; zweitens müssen die Maßnahmen der Gemeinschaft in diesen Bereichen einen Mehrwert erbringen. In anderen Bereichen wird die Gemeinschaft Mittel zur Unterstützung von Konzepten bereitstellen, bei denen die Federführung für den politischen Dialog mit den Partnerländern bei anderen Gebern oder Institutionen liegt.</p> <p>4.1 Handel und Entwicklung</p> <p>Ziel: Als führender Akteur im Bereich Handel und Entwicklungshilfe sollte die Gemeinschaft dafür sorgen, dass die Synergieeffekte zwischen der Handelspolitik und der Armutsbekämpfung voll genutzt werden und die Entwicklungspolitik wie auch die Handels- und die Investitionspolitik einander zum Nutzen der Entwicklungsländer ergänzen und zuträglich sind.</p>				
	<ul style="list-style-type: none"> • Mitteilung über Handel und Entwicklung. • Die Kommission will Fragen der Handels- und der Investitionspolitik in den Vordergrund ihres Dialogs mit den Empfängerländern rücken und betonen, dass diese Fragen in den PRSP stärker berücksichtigt werden müssen. Die generelle Berücksichtigung von Handel 	<ul style="list-style-type: none"> • Wesentliche Querverbindungen und Synergieeffekte zwischen Handels-, Investitions- und Entwicklungspolitik in politischem Rahmenkonzept zusammengefasst, damit die Entwicklungsländer stärker vom Handel profitieren können. • Bessere Abstimmung zwischen der Handelspolitik und der Entwicklungspolitik der EG. • Verstärkte Finanzierung handelsbezogener technischer Hilfe, auch im Hinblick auf die 	<ul style="list-style-type: none"> • zweites Halbjahr 2002 	steht noch aus

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<p>und Investitionen in den Länderstrategien und -programmen bleibt in diesem Zusammenhang eine Priorität.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die handelspolitischen Entwicklungshilfemaßnahmen sollten in den Kontext der Entwicklungsagenda von Doha gestellt werden. Die EG wird im Rahmen der Verhandlungen und durch ergänzende Maßnahmen, einschließlich im Bereich der handelsbezogenen Hilfe, dazu beitragen, dass die Entwicklungsagenda den Entwicklungsländern tatsächlich nützt. • Aufbau von Kapazitäten für die Umsetzung der geltenden WTO-Bestimmungen und die Vorbereitung auf die Entwicklungsagenda von Doha (ein AKP-internes Programm über 10 Mio. € wird derzeit durchgeführt). • Unterstützung des Treuhandfonds der Integrierten Rahmenregelung für die LDC. • Unterstützung des Afrikanischen Konsortiums für Wirtschaftsforschung (AERC) bei Forschungsvorhaben und Kapazitätsaufbau im Bereich Handel und handelsbezogene Fragen 	<p>WTO-Entwicklungsagenda von Doha. Dies würde es den Ländern ermöglichen, sich effizienter an den Verhandlungen zu beteiligen, die Regulierungskapazitäten für die Umsetzung der Ergebnisse aufzubauen und die Probleme auf der Angebotsseite abzubauen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Größere Kohärenz der EG-Politiken, welche die Entwicklungsländer direkt oder indirekt betreffen könnten. • Bessere Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft, Schaffung der Voraussetzungen für ein handels- und investitionsbedingtes Wachstum. • Liberalisierung von Handel und Investitionen in den Entwicklungsländern in einem Tempo, das mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Sachzwängen und ihren Umweltanliegen vereinbar ist. • Besserer Marktzugang für die Entwicklungsländer. • Bessere Vorbereitung der Afrika-Gruppe auf die Entwicklungsagenda von Doha 	<ul style="list-style-type: none"> • Programm zur Unterstützung der AKP-Staaten bei den WTO-Verhandlungen wird derzeit durchgeführt. • Ausbildungsprogramm in Vorbereitung. <p>2002</p> <ul style="list-style-type: none"> • 2002 	<p>in Arbeit</p> <p>in Arbeit</p> <p>in Arbeit</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<ul style="list-style-type: none"> • AKP-EG-WPA: <ul style="list-style-type: none"> – Vorbereitungsmaßnahmen: <ul style="list-style-type: none"> – Kapazitätenaufbau: im Dezember 2000 beschlossenes Förderprogramm über 20 Mio. € wird derzeit durchgeführt; – Leitlinien für die geografischen Gruppierungen bei der Aushandlung der Wirtschaftspartnerschafts-abkommen. – Verhandlungsmandat für WPA noch erforderlich. • Einleitung von AKP-EU-Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschafts-abkommen im Rahmen des Abkommens von Cotonou: <ul style="list-style-type: none"> – Gemeinsamer Aktionsplan mit den AKP-Partnern vereinbart. • Einrichtung einer Taskforce für handelsbezogene technische Hilfe und Kapazitätenaufbau. 	<ul style="list-style-type: none"> • Verstärkte Unterstützung bei der Bewältigung von kurz- und langfristigen Kapazitäts-, Produktions- und Wettbewerbsproblemen und bei der Verbesserung der Möglichkeiten der Entwicklungsländer, von der Globalisierung und der Marktöffnung zu profitieren. • Verstärkte Zusammenarbeit in handelsbezogenen Bereichen, Technologietransfer, Zugang zu Informationen und weltweiten Netzen, Investitionsförderstrategien und Entwicklung des Privatsektors. • Verbesserung der Fähigkeit, multilaterale Handelsabkommen auszuhandeln und umzusetzen und stärker von der Globalisierung zu profitieren. 	<ul style="list-style-type: none"> • vor September 2002 • Beginn der Verhandlungen: September 2002 • Die Taskforce für handelsbezogene technische Hilfe und Kapazitätenaufbau wurde gegründet und hat ihre Arbeit aufgenommen. 	<p>in Arbeit</p> <p>steht noch aus</p> <p>in Arbeit</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
4.2	Regionale Integration und Zusammenarbeit			
	<ul style="list-style-type: none"> • AKP: Kürzlich wurden durch Beschluss der AKP-Staaten folgende Programmierungsregionen festgelegt: Westafrika einschließlich Mauretanien (Organisationen: UEMOA und ECOWAS); Karibik (Organisation: Cariforum); Zentralafrika einschließlich S. Tomé und Príncipe (Organisationen: CEMAC und CEEAC); zwei Regionen im östlichen und südlichen Afrika (kombiniertes Programm für COMESA, IGAD, EAC und IOC und spezifisches Programm für SADC); Pazifik (Organisation: Pacific Forum). Die vorläufige Mittelausstattung für den Zeitraum 2002-2007 wurde den jeweiligen Regionen mitgeteilt. • Leitlinien zur Bewertung der Fortschritte auf dem Weg zur regionalen Integration • Förderung der Initiative "Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas", auch in internationalen Gremien (G8 oder Johannesburg) • MEDA: eine der wichtigen Komponenten der Euromed-Strategie ist regional ausgerichtet. 	<ul style="list-style-type: none"> • Gestärkte und besser organisierte regionale Zusammenschlüsse, die in der Lage sind, eine bedeutendere Rolle bei der Programmierung und Umsetzung der Hilfe sowie bei den Handelsverhandlungen zu spielen. • Programmierung und Verwaltung der EU-Regionalhilfe besser auf die geografische Struktur der Regionalzusammenschlüsse abgestimmt. • Höhere Wettbewerbsfähigkeit der betreffenden Regionen im internationalen Handel. • Umfangreichere Handelsströme in und zwischen den Regionen. • Ggf. Durchführung von Maßnahmen zur Linderung grenzüberschreitender Umweltprobleme, auch im Kontext von Regionalkonflikten. • Lösung sektorspezifischer Probleme, von denen eine gesamte Region betroffen ist und die von den einzelnen Ländern allein nicht bewältigt werden können. 	<p>Voraussichtlich werden dem EEF bis Ende 2002 sechs RSP vorgelegt und im ersten Quartal 2003 angenommen.</p> <p>2002</p> <p>MEDA: Regionalstrategiepapier (2000-2006) und Regionales Richtprogramm (2000-2004) Ende 2001 von der Kommission genehmigt.</p>	<p>in Arbeit</p> <p>steht noch aus</p> <p>abgeschlossen</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<ul style="list-style-type: none"> Asien: Kommission strebt regionale Programmierung im Rahmen der ASEM und des ASEAN-EU-Prozesses an. Lateinamerika: Subregionale Leitlinien für Zentralamerika und die Andengemeinschaft wurden bereits gebilligt. Regionale Leitlinien im Vorfeld des EU-Lateinamerika/Karibik-Gipfels von Madrid. Tacis: bedeutende regionale Komponente, die z. B. Netzwerke, Umwelt, Justiz und Inneres sowie nukleare Sicherheit betrifft. 		<p>Lateinamerika: Regionalstrategiepapier: März 2002</p> <p>Strategien für die regionale Zusammenarbeit der NUS: 2002</p> <p>Regionalstrategiepapier für Zentralasien: 2002</p> <p>Strategiepapier für nukleare Sicherheit im Januar 2002 von der Kommission angenommen.</p>	<p>in Arbeit</p> <p>in Arbeit</p> <p>in Arbeit</p> <p>abgeschlossen</p>
4.3	Makroökonomische Politik und gleichberechtigter Zugang zu sozialen Diensten (Gesundheits- und Bildungswesen)			
	Ziel: Verbesserung der makroökonomischen Rahmenbedingungen in den Partner-Entwicklungsländern, Förderung eines investitionsfreundlichen Klimas, Gewährleistung einer gerechten Verteilung der Früchte des Wachstums und Zugang zu grundlegenden sozialen Diensten wie Bildungs- und Gesundheitswesen.			
4.3.1	Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Partnerländern			
	<ul style="list-style-type: none"> Weitere Unterstützung wirtschaftlicher Reformprogramme im Kontext von Armutsminderungsstrategien. Weitere Koppelung von Budgethilfen an Fortschritte bei der Schaffung eines 	<ul style="list-style-type: none"> Stärkere Koppelung von makroökonomischer Unterstützung und öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere im Gesundheits- und Bildungsbereich. Neben der Armutsbekämpfung stärkere Betonung von Gleichheitsfragen 	<ul style="list-style-type: none"> ganz 2002 ganz 2002 	<p>in Arbeit</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<p>Fortschritte bei der Schaffung eines gleichberechtigten Zugangs zu sozialen Diensten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einleitung des Programms für öffentliche Ausgaben und finanzielle Rechenschaftspflicht. • Weitere Unterstützung der HIPC-Initiative. • Mitteilung über die Förderung des Privatsektors. • AKP-EG-Privatsektorforum über die Rolle des Privatsektors bei der Umsetzung des Abkommens von Cotonou. 	<p>Betonung von Gleichheitsfragen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mehr Effizienz, Transparenz und Rechenschaftspflicht im Zusammenhang mit den Haushaltsmanagementsystemen. 	<ul style="list-style-type: none"> • 2002 • ganz 2002 • 2002 • April 2002 	<p>abgeschlossen</p> <p>steht noch aus</p> <p>steht noch aus</p>
4.3.2	Gesundheit			
	<ul style="list-style-type: none"> • Die Kommission hat ein neues politisches Rahmenkonzept und ein neues Aktionsprogramm für ein beschleunigtes Vorgehen zur Bekämpfung der drei wichtigsten übertragbaren Krankheiten⁷ angenommen, das drei Kernbereiche vorsieht: Optimierung der Wirksamkeit bestehender Maßnahmen, Steigerung der Erschwinglichkeit wichtiger 	<p>Die Maßnahmen der Gemeinschaft dürften zur Erreichung der gesundheitspolitischen Millennium-Entwicklungsziele beitragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung der Sterblichkeitsrate bei Kindern unter fünf Jahren im Zeitraum 1990-2015 um zwei Drittel. • Reduzierung der Müttersterblichkeitsrate im Zeitraum 1990-2015 um zwei Drittel. 	<p>Festsetzung der Finanzmittel in der APS 2003</p> <p>Programmierung bis Juni 2002 abgeschlossen (für 2003-2006)</p>	<p>Schlussfolgerungen des Rates - Bericht des EP</p> <p>ruhende Projekte beendet</p> <p>höhere Auszahlungsraten</p>

⁷ KOM(2000)585 endg. vom 20.9.2000 und Aktionsprogramm (beschleunigte Aktion zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose im Rahmen der Armutslinderung), KOM(2001)96 endg. vom 21.2.2001.

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<p>Arzneimittel und Verstärkung der Erforschung und Entwicklung spezifischer globaler Güter.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mitteilung über Gesundheit und Armut in den Entwicklungsländern mit vier Hauptzielen: Verbesserungen in den Bereichen Gesundheit, AIDS und Bevölkerungspolitik in den jeweiligen Ländern, besonders zugunsten der Ärmsten; Maximierung der positiven und Minimierung der etwaigen negativen Auswirkungen der EG-Unterstützung in anderen Sektoren; Schutz der Bedürftigsten vor Armut durch Unterstützung ausgewogener und gerechter Finanzierungsmechanismen der Gesundheitsfürsorge; Investition in die Entwicklung spezifischer globaler Kollektivgüter. • Überarbeitung der Verordnungen für spezielle Haushaltlinien für armutsbedingte Krankheiten und reproduktive Gesundheit. 	<p>Zeitraum 1990-2015 um zwei Drittel.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eindämmung und Verringerung der Ausbreitung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose. <p>Zu diesem Zweck wurde eine Reihe miteinander verknüpfter und sich einander verstärkender Prioritäten in den Bereichen festgelegt, in denen Maßnahmen der EG einen besonderen zusätzlichen Nutzen bringen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Bemühen auf Länderebene um bessere Gesundheitsergebnisse bleibt der wichtigste Schwerpunkt bei den gesundheitspolitischen Investitionen der EG, nach Möglichkeit im Rahmen von Sektorgesamtkonzepten. • Die Unterstützung von Maßnahmen auf regionaler und globaler Ebene stärkt und ergänzt die gesundheitspolitischen Ziele der Länder und lokalen Gemeinschaften. • verstärkter Austausch von Wissen über gemeinsame Probleme zwischen Akteuren des Gesundheitssektors 	<ul style="list-style-type: none"> • Beratungen des Rates und des Europäischen Parlaments über die Mitteilung und die Verordnung im Jahr 2002 	<p>Programmierungsleitlinien fertig</p> <p>Doha-Erklärung zu TRIPS und öffentlicher Gesundheit</p> <p>Beratungen über Arbeitsunterlage über Preisstaffelung laufen</p> <p>Plattform für klinische Versuche wird entwickelt</p> <p>EG im Verwaltungsrat des Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose vertreten</p>
4.3.3	Bildung			
	<ul style="list-style-type: none"> • Mitteilung über Bildung und Armutsbekämpfung 	<p>Die Maßnahmen der Gemeinschaft dürften zur Erreichung der bildungspolitischen Millennium-Entwicklungsziele beitragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gewährleistung, dass Jungen und Mädchen bis 2015 überall eine abgeschlossene 	<ul style="list-style-type: none"> • erstes Halbjahr 2002 	<ul style="list-style-type: none"> • abgeschlossen

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
		<p>Primarschulbildung erhalten können.</p> <p>Besondere Aufmerksamkeit gilt daher Folgendem:</p> <ul style="list-style-type: none"> • mehr Kohärenz mit der makroökonomischen Hilfe; • vermehrter Rückgriff auf direkte Haushaltshilfe (und innerstaatliche Verfahren), nach Möglichkeit im Rahmen von Sektorgesamtkonzepten; • besondere Berücksichtigung von Frauen und Mädchen; • bessere Überwachung der Fortschritte anhand von Output- und Ergebnisindikatoren 		
<p>4.4 Verkehr</p> <p>Ziel: Verbesserung der Nachhaltigkeit des Verkehrs in den Entwicklungsländern, um den Menschen sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten geeignete konkrete Zugangsmöglichkeiten zu den Arbeitsplätzen, der Gesundheitsversorgung, den Bildungseinrichtungen und anderen wichtigen sozialen Diensten zu verschaffen. Die Funktionsfähigkeit und Nachhaltigkeit des Verkehrssektors ist auch wichtig, um das Wirtschaftswachstum und die regionale Integration zu fördern.</p>				
	<ul style="list-style-type: none"> • Einbeziehung der politischen Grundsätze der Mitteilung über den Verkehr vom Juli 2000 in die Sektorstrategien der Länder. • Bewertung der Verkehrsaspekte in der Zusammenarbeit mit Drittländern in Verbindung mit AIDCO/Evaluierungen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Mehr Nachhaltigkeit des Verkehrssektors. • Größere Mobilität und besserer Zugang. • Vorschläge für: <ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung des Sektorkonzepts für den Verkehr - Aktualisierung der Leitlinien für den Verkehrssektor 	<p>Einbeziehung der Verkehrssektorstrategien in die LSP und RSP: ganz 2002</p> <p>Fertigstellung der Aufgabenbeschreibung: Mai 2002</p> <p>Beginn der Evaluierung: Juni 2002</p>	<p>in Arbeit</p> <p>Lenkungsgruppe gebildet</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<ul style="list-style-type: none"> • Überlegungen zu Verkehr und Armut. • Definition von Indikatoren für den Verkehrssektor. • Erstellung von Fallstudien über bewährte Praktiken bei der Reform des Verkehrssektors. 	<ul style="list-style-type: none"> - Steigerung der Effizienz und Effektivität der Finanzinstrumente - Verbesserung der Qualität des Programmmanagements in allen Phasen des Projektzyklus • Vorschläge für eine stärkere Einbeziehung der Armutsbekämpfung in die Verkehrsstrategien. • Indikatoren für die Überwachung der Sektorentwicklung und der Verkehrsprogramme mit den Mitgliedstaaten und den einschlägigen AKP-Staaten vereinbart. • Verstärkter Austausch von Wissen zwischen Berufsangehörigen des Verkehrssektors in den Entwicklungsländern. 	<p>Vorlage des endgültigen Papiers: Dezember 2002</p> <p>Endgültige Indikatorliste: November 2002</p> <p>Ermittlung der Fallstudien: bis September 2002 Beginn der Überarbeitung: bis Jahresende.</p>	<p>in Arbeit</p> <p>in Arbeit</p> <p>Mit der Ermittlung der Fallstudien wurde begonnen.</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
4.5	Ernährungssicherheit und nachhaltige ländliche Entwicklung			
Ziel: Nachhaltige Verbesserung der Ernährungssicherheit und des Wohlergehens im ländlichen Raum in den Entwicklungsländern als Beitrag zur Verwirklichung des allgemeinen Ziels der Armutsbekämpfung und der Ziele des Welternährungsgipfels. Unterstützung von Sektorkonzepten und -strategien zur Förderung des Wirtschaftswachstums und einer ausgewogenen sozialen Entwicklung auf der Grundlage einer nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen.				
	<ul style="list-style-type: none"> • Mitteilung an den Rat und das Parlament über die Bekämpfung der Armut im ländlichen Raum ("Fighting Rural Poverty — EC Policy and Approach to Rural Development and Sustainable Natural Resources Management"). • Formulierung einer EG-Strategie für die Entwicklungszusammenarbeit im Waldsektor - Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen. • Fertigstellung der Programmierungsleitlinien für Ernährungssicherheit, ländliche Entwicklung und Landwirtschaft. • Formulierung von Strategiepapieren und Leitlinien für Schlüsselthemen: 	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung eines strategischen Rahmens für die ländliche Entwicklung und die Einbeziehung der Bekämpfung der ländlichen Armut, der Ernährungssicherung und der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen in die nationalen und regionalen entwicklungspolitischen Rahmenkonzepte. • Verstärkte Beachtung der Auswirkungen sektorexterner Faktoren auf die Forstwirtschaft; stärkere Ausrichtung der EG-Zusammenarbeit im Waldsektor auf die regionalen Besonderheiten und Prioritäten; bessere Komplementarität zwischen den Maßnahmen der EG und der Mitgliedstaaten und Inangriffnahme neuer Fragen wie illegale Rodung, Handel und Durchsetzung der Waldgesetze. • Stärkere Berücksichtigung der Aspekte ländliche Armut, Ernährungssicherheit und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen in den Strategiepapieren zur Armutsbekämpfung (PRSP) und den EG-Länder- und Regionalstrategien. • Größere Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit durch kohärentere Konzepte in den Bereichen Ernährungssicherheit, ländliche Entwicklung 	<ul style="list-style-type: none"> • Mitteilung an den Rat und das Parlament: November 2002 • Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen: November 2002 • Fertigstellung der Leitlinien bis März 2002 • ganz 2002 	<ul style="list-style-type: none"> in Arbeit in Arbeit in Arbeit in Arbeit

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<ul style="list-style-type: none"> - Bodenreform - Indikatoren für Ernährungssicherheit und Landwirtschaft - Rolle dezentraler Einrichtungen für die ländliche Entwicklung • Bessere und gezieltere Koordinierung mit den Mitgliedstaaten und den anderen großen Gebern: <ul style="list-style-type: none"> – Veranstaltung eines europäischen Forums für den ländlichen Raum – Organisation von EG/MS-Expertentreffen in den Bereichen Ernährungssicherheit, ländliche Entwicklung, Landwirtschaft, Viehhaltung, Fischerei, Forstwirtschaft und Agrarforschung – Organisation von EG/NRO-Konsultationen in den Bereichen Ernährungssicherheit, Viehhaltung, Fischerei und Forstwirtschaft – Verstärkung der konzeptionellen und thematischen Koordinierung mit der Weltbank und den UN-Einrichtungen • Sektorspezifischer Beitrag zum Kapazitätsaufbau und zur finanziellen Programmierung: 	<p>Ernährungssicherheit, ländliche Entwicklung und Landwirtschaft. Förderung der Bodenreform und der ländlichen Entwicklung.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mehr Kohärenz bei Konzepten und Strategien und weitere Verbesserung der Komplementarität zwischen den Gebern. • Angemessene Berücksichtigung der Armutsbekämpfung im ländlichen Raum, der Ernährungssicherheit und der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen 	<ul style="list-style-type: none"> • ganz 2002 • ganz 2002 	<p>in Arbeit</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<ul style="list-style-type: none"> - Länder- und Regionalstrategien - thematische Haushaltslinien 	in der Entwicklungszusammenarbeit.		
4.6	Aufbau institutioneller Kapazitäten Ziel: Stärkung der institutionellen Kapazitäten der Entwicklungspartner im Rahmen der Strategien zur Armutsminderung, insbesondere im Hinblick auf die Konsolidierung des Demokratisierungsprozesses, die Verbesserung der Regierungsführung einschließlich der Korruptionsbekämpfung und die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit. Bereitstellung von Mitteln in allen Bereichen der Gemeinschaftshilfe, insbesondere für Handel, Wirtschaftspolitik, soziale Sektoren, Umwelt und Regionalintegration.			
	<ul style="list-style-type: none"> • AKP: Umsetzung des Abkommens von Cotonou: Einbeziehung von Artikel 33 über Institutionenentwicklung und Kapazitätenaufbau in die nationale und regionale Programmierung - (Institutionenförderung und Unterstützung beim Aufbau der Zivilgesellschaft und von nichtstaatlichen Akteuren). Die Maßnahmen in diesem Bereich werden auch Aktivitäten zur Verbesserung der Sicherheit und der Strafverfolgung umfassen. • Einrichtung eines Treuhandfonds zur Förderung eines besseren Haushaltsmanagements. • Bemühungen um Stärkung der handelsrelevanten institutionellen Kapazitäten der Entwicklungsländer (Beispiel: 1,4 Mio. € für die Einrichtung eines AKP-Büros bei der WTO in Genf, das im Februar 2002 eröffnet wurde). 	<ul style="list-style-type: none"> • Schrittweise Einbeziehung von Maßnahmen zur Institutionenförderung in alle Länderstrategiepapiere und die Programmierung. März 2002: Aufbau institutioneller Kapazitäten als Schwerpunktbereich in 13 % aller LSP und als Nichtschwerpunktbereich in 85 % aller LSP für AKP-Staaten. • Verbesserte Kapazitäten der Entwicklungsländer in den Bereichen multilateraler und bilateraler Handel und regionale Integration. • Bessere Koordinierung mit anderen Dienststellen; bessere Informationsverbreitung. 	<ul style="list-style-type: none"> • Programmierungszyklen • Einrichtung des Treuhandfonds 	<p>in Arbeit</p> <p>abgeschlossen</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<ul style="list-style-type: none"> • Ausarbeitung praktischer Leitlinien mit den nach der Erfahrung der EG und der anderen Geber besten Vorgehensweisen. Zu diesem Zweck wurden thematische Netze eingerichtet. • MEDA; Tacis, Asien und Lateinamerika: Kapazitätsaufbau (einschließlich in den Sektoren Gesundheit und Bildung) als Schlüsselkomponente und zentrales Ziel der Entwicklungs- und Wirtschaftszusammenarbeit mit diesen Regionen. Die Maßnahmen in diesem Bereich werden auch Aktivitäten zur Verbesserung der Sicherheit und der Strafverfolgung umfassen. • ÜLG: stärkere Ausrichtung auf die Entwicklung der Humanressourcen, z. B. in Bezug auf FuE und die Informationsgesellschaft. 		<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung der Leitlinien bis Mitte 2002 	steht noch aus
5	FESTLEGUNG UND UMSETZUNG VON STRATEGIEN FÜR QUERSCHNITTSTHEMEN			
5.1	Menschenrechte			
	Ziel: Die Förderung der Menschenrechte und der Demokratisierung ist ein integraler Bestandteil der Entwicklung. Es handelt sich um ein eigenes Ziel und einen entscheidenden Faktor für die Steigerung der Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Zusammenarbeit.			
	<ul style="list-style-type: none"> • Berücksichtigung von Menschenrechtserwägungen bei der Tätigkeit von ECHO. Seit 1. Februar 2001 müssen die Partner bei der Beantragung von ECHO-Mitteln für humanitäre Projekte darlegen, wie sich das Projekt auf die Menschenrechtssituation vor Ort auswirken wird. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Kommission wird auf der Grundlage der Ziele und Maßnahmen in der Mitteilung über Menschenrechte und Demokratisierung regelmäßig prüfen, ob Fortschritte erzielt werden, insbesondere in den Schwerpunktländern. 	<ul style="list-style-type: none"> • Annahme der Mitteilung: April 2001 	abgeschlossen

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<p>vor Ort auswirken wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufstellung eines Umsetzungsplans für die in der Kommissionsmitteilung vom April 2001 genannten Aktionen. • Organisation regionaler Menschenrechtskonferenzen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Besseres Verständnis der Programmplanung und der Auswirkungen von Menschenrechtsaktionen. 	<ul style="list-style-type: none"> • 2002 • 2002 	<p>in Arbeit</p> <p>steht noch aus</p>
5.2	<p>Generelle Berücksichtigung der Gleichstellung der Geschlechter</p> <p>Ziel: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter als Faktor für Armutsminderung und Fortschritte insbesondere im Gesundheits- und Bildungswesen. Die Verringerung der bestehenden Ungleichgewichte zwischen Frauen und Männern gehört zu den vom OEDC-Ausschuss für Entwicklungshilfe festgelegten Schlüsselzielen und den auf UN-Konferenzen eingegangenen zentralen Verpflichtungen. Die generelle Berücksichtigung dieser Aspekte bei den entwicklungspolitischen Maßnahmen der EG ist Teil der von der EG auf der Pekinger Konferenz von 1995 eingegangenen Verpflichtungen sowie der Folgemaßnahmen der Pekinger Erklärung und der Aktionsplattform.</p>			
	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung der Kommissionsmitteilung von 2001 "Gleichstellung der Geschlechter als Querschnittsaufgabe für die Entwicklungszusammenarbeit der Gemeinschaft - Ein Aktionsprogramm"⁸. • Stärkere Berücksichtigung des Geschlechteraspekts in den Projekten und Programmen auf Länder- oder Regionalebene. • Stärkung der kommissionseigenen 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Maßnahmen der Gemeinschaft dürften zur Erreichung der Millenium-Entwicklungsziele im Bereich Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frau beitragen: • Beseitigung von Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern im Primar- und Sekundarschulwesen nach Möglichkeit bis 2005 und auf allen Ebenen des Bildungswesens spätestens bis 2015. <p>Außerdem werden folgende Ergebnisse</p>	<p>Durchführung des Programms über einen Zeitraum von fünf Jahren</p>	<p>in Arbeit</p>

⁸

KOM(2001) 295 endg.

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	Kapazitäten für den Bereich Gleichstellung.	erwartet: <ul style="list-style-type: none"> • Analyse der PRSP und LSP in einem frühen Stadium des Planungs- und Programmierungsprozesses analysiert. • Überarbeitung und Analyse der Leitlinien für Konzeption und Programmierung. • Mechanismen zur Überwachung der Umsetzung des Aktionsprogramms vorhanden. • Intensivierter Politikdialog mit den Partnerländern und der Zivilgesellschaft als Instrument zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter. • Website zu Geschlechterfragen im Intranet, die regelmäßig aktualisiert wird. 		
5.3	Umwelt Ziel: Einbeziehung der Aspekte des Umweltschutzes und der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen in die Festlegung und Durchführung sämtlicher entwicklungspolitischer Maßnahmen der Gemeinschaft.			
		Die Maßnahmen der Gemeinschaft dürften zur Erreichung der Millenium-Entwicklungsziele im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit beitragen:		

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<ul style="list-style-type: none"> • Einbeziehung von Umweltüberlegungen in die nationale und regionale Politik, alle strategischen Pläne und Programme der EG-Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere in die LSP und RSP sowie die Richtprogramme, Strukturanpassungsprogramme und sektorweiten Reform- und Förderprogramme. • Fertigstellung der Programmierungsleitlinien für die Haushaltslinie Umwelt und Tropenwälder. • Einrichtung eines Umwelt-Helpdesks • Beitrag zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. • Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung: <p>- Koordinierung und Teilnahme der EG an den Verhandlungen, einschließlich der</p>	<p>In diesem Sinne werden folgende spezifische Ergebnisse erwartet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Angemessene Einbeziehung der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und der Umweltbelange in die Konzepte/Strategien und Programme/Projekte der Entwicklungszusammenarbeit. • Steigerung der Effizienz und Kohärenz in Bezug auf die Ziele der Einbeziehung von Umweltbelangen in die Entwicklungspolitik auf operativer Ebene. • Strategisches Instrument zur Verbesserung der Programmierung. • Stärkung der Kapazitäten und Sensibilisierung für Umweltfragen innerhalb der Kommission. • Bessere Verknüpfung der Entwicklungs-/Umweltstrategien mit den nationalen Strategien für nachhaltige Entwicklung einschließlich der Förderung der Erstellung von Leitlinien für diese nationalen Strategien. <p>Aspekte der Bodendegradation und -fruchtbarkeit in den Sektorkonzepten und -strategien stärker berücksichtigt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • ganz 2002 • erstes Halbjahr 2002 • zweites Halbjahr 2002 • ganz 2002 • ganz 2002 	<p>in Arbeit</p> <p>in Arbeit</p> <p>in Arbeit</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<p>Vorbereitungen für den Ausschuss für die Überprüfung und Umsetzung des Übereinkommens und der Organisation von Expertentreffen.</p> <p>– Aufstellung eines Aktionsplans.</p> <p>–Einrichtung eines Netzes für NRO</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mitteilung über Wasserbewirtschaftung in der Politik von Entwicklungsländern⁹ • Wassersektor-Initiative für die Konferenz in Johannesburg • Initiative für nachhaltige Energienutzung (Johannesburg) 		<ul style="list-style-type: none"> • März 2002. Erörterung der EntschlieÙung des Rates, Verabschiedung voraussichtlich Mai 2002 	<p>Abgeschlossen</p> <p>steht noch aus</p> <p>steht noch aus</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
6	SYNERGIEEFFEKTE UND VERBINDUNGEN MIT ANDEREN POLITIKFELDERN			
6.1	Verknüpfung von Soforthilfe, Rehabilitation und Entwicklung			
	Ziel: Verbesserung des Beitrags der Gemeinschaft zu den internationalen Hilfsmaßnahmen nach Krisen und Entwicklung eines kohärenteren und wirksameren Konzepts für die Verknüpfung von Soforthilfe, Rehabilitation und Entwicklung.			
	<p>Folgemaßnahmen zu KOM(153) vom April 2001:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umstrukturierung von Haushaltslinien und Verordnungen: zunehmende Einbindung der Maßnahmen in die großen Regionalprogramme. • Erstellung von Leitlinien für Ausstiegsstrategien für ECHO. • Aufnahme der Katastrophenvorsorge in die LSP. • Verbesserung der Koordinierung zwischen GD DEV, AIDCO und ECHO bei Hilfe nach Krisen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Reaktion der EU auf Krisen und in der Zeit danach. • Kohärentere Politik und mehr Komplementarität der verschiedenen Maßnahmen in einem Land. • Beschleunigung der Beschlussfassungsverfahren in der Grauzone zwischen Soforthilfe und Entwicklungszusammenarbeit. • Gewährleistung von Flexibilität bei der Auswahl der Durchführungspartner • Stärkere Ausrichtung der Rolle von ECHO auf sein eigentliches Mandat • Klarere Festlegung, welche Art von Maßnahmen am Anfang und am Ende eines ECHO-Einsatzes angezeigt sind. • Verstärkung der internationalen Koordinierung. 	<ul style="list-style-type: none"> • Ende 2002 • Mai 2002 • 2002 • 2002 	<p>in Arbeit</p> <p>in Arbeit</p> <p>in Arbeit</p> <p>in Arbeit</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
6.2	Konfliktverhütung und friedensfördernde Strategien			
	Ziel: Steigerung der Kohärenz und Wirksamkeit der EU-Maßnahmen im Bereich der Konfliktverhütung in den Entwicklungsländern durch ein Konzept, das auf langfristiger Prävention beruht.			
	<ul style="list-style-type: none"> • Folgemaßnahmen zur Mitteilung über Konfliktverhütung KOM (2001) 211. • stärkere Integration/generelle Einbeziehung der Konfliktprävention in die Gesamtstrategien für die Partnerländer (einschließlich Entwicklungshilfe). Mögliche Aktivitäten: Konfliktbewertungsmissionen, Anwendung von Indikatoren und des Verfahrens der dienststellenübergreifenden Gruppe zur Qualitätssicherung, Organisation von internen Workshops und Seminaren. • Steigerung der Effizienz der Aktionen durch Berücksichtigung von "Querschnittsaufgaben" wie Waffen- und Drogenhandel, sonstiger illegaler Handel, Umweltzerstörung. Mögliche Aktivitäten: Konfliktbewertungsmissionen, Gewährleistung der Kohärenz der Länderstrategiepapiere. • weiterer Ausbau der Kapazitäten für ein rasches Handeln in Krisensituationen. Mögliche Aktivitäten: Verbesserung der Frühwarnkapazitäten, Krisenraum der Kommission, Nutzung des Krisenreaktionsmechanismus zur 	<ul style="list-style-type: none"> • schrittweise Entwicklung von Konfliktpräventionsanalysen in den Länderstrategiepapieren und Einbeziehung geeigneter Maßnahmen in die Kooperationsprogramme in den betreffenden Ländern. • Verbesserung der Reaktion der EU auf Krisen und in der Zeit danach. (siehe 6.1) • Verbesserung der Kohärenz mit den konkreten Krisenmaßnahmen vor Ort der UN-Organisationen und anderer Einrichtungen • Frühzeitiges Handeln durch tatsächliche Anwendung der entwickelten Frühwarnindikatoren • Stärkere Förderung von EG-Maßnahmen in den Bereichen Sicherheit sowie Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung (DDR) 	<ul style="list-style-type: none"> • Einsatz der geschaffenen Analyseinstrumente • ganz 2002 • ganz 2002 • ganz 2002 	<ul style="list-style-type: none"> in Arbeit in Arbeit in Arbeit

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<p>Krisenreaktionsmechanismus zur Beschleunigung der Mittelauszahlungen, Neuausrichtung der Tätigkeit des Netzwerkes zur Konfliktverhütung.</p> <ul style="list-style-type: none"> Förderung der internationalen Zusammenarbeit mit Regierungen, internationalen Organisationen und Zivilgesellschaft, einschließlich Vereinter Nationen, OECD, Europarat, OSZE und G8. Mögliche Aktivitäten: Regionalkonferenz über Friedensförderung, Koordinierung der Aktivitäten der Kommission in den verschiedenen multilateralen Gremien, aktive Beteiligung an den Vorbereitungen für Johannesburg und den Bemühungen der G8, Länder in Konfliktsituationen dabei zu unterstützen, die Voraussetzungen für eine baldige Einbeziehung in den HIPC-Prozess zu schaffen. 		<ul style="list-style-type: none"> ganz 2002 	
6.3 Migration und Entwicklung				
	<ul style="list-style-type: none"> Mitteilung an den Rat an das Parlament über Migration und Entwicklung. 	<ul style="list-style-type: none"> Berücksichtigung der entwicklungspolitischen Dimension der Migrationsströme. Gewährleistung der Politikkohärenz. 	<ul style="list-style-type: none"> zweites Halbjahr 2002 	steht noch aus

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
6.4 Außenpolitische Dimension globaler Umweltfragen				
	<ul style="list-style-type: none"> • Beteiligung an der internationalen Debatte im Zusammenhang mit multilateralen Umweltübereinkommen (Klimaänderungen, biologische Vielfalt, Wüstenbildung, Abfälle und Chemikalien) sowie Anstreben von Synergieeffekten zwischen den Übereinkommen. • Zusammenarbeit mit anderen Geberorganisationen. • Formulierung einer EG-Strategie für den Klimawandel im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit - Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen. • Folgemaßnahmen zum Aktionsplan zur Erhaltung der biologischen Vielfalt im Rahmen der Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit (Annahme im März 2001). 	<ul style="list-style-type: none"> • Solidere Grundlage für Folgemaßnahmen und Inputs für EU-Initiativen im Umwelt-/Entwicklungsbereich, einschließlich der Durchführungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Entwicklungsländern und am wenigsten entwickelte Ländern. • Mehr Komplementarität im Umwelt-/Entwicklungsbereich und mehr Kohärenz der Konzepte und Strategien. • Stärkere Berücksichtigung der Folgen des Klimawandels in den Entwicklungsländern und Erstellung eines strategischen Rahmens für die effektive Einbeziehung von Klimabelangen in die nationalen und regionalen entwicklungspolitischen Rahmenkonzepte. • Stärkere Berücksichtigung von Fragen der biologischen Vielfalt in den Sektorkonzepten und -strategien; Stärkung der Kapazitäten und Sensibilisierung innerhalb der Kommission 	<ul style="list-style-type: none"> • ganz 2002 • ganz 2002 • Mitteilung/Arbeitspapier an den Rat: November 2002 • ganz 2002 	<ul style="list-style-type: none"> in Arbeit in Arbeit in Arbeit in Arbeit

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
6.5	Informationsgesellschaft			
	Ziel: Nutzung des Potenzials der Informations- und Kommunikationstechnologien als Teil der Strategie zur Förderung des Wirtschaftswachstums und zur Bekämpfung der Armut in Entwicklungsländern.			
	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung der Mitteilung der Kommission über Informations- und Kommunikationstechnologien im Dienste der Entwicklung¹⁰ und der diesbezüglichen Schlussfolgerungen des Rates. • Einbeziehung der IKT in die regionale Programmierung für bis zu sechs AKP-"Regionen". • Informelle Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten in Form von EG/MS-Expertengruppen für IKT- und Entwicklungsfragen. • Beitrag zur Vorbereitung des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft (WSIS), der im Dezember 2003 in Genf stattfinden soll (1. Vorbereitungstreffen im Juli 2002). • Entwicklung künftiger Aktionsprogramme auf subregionaler Ebene, um den Zugang zu den Kommunikationsmitteln zu erleichtern. 	<ul style="list-style-type: none"> • Kohärenter Rahmen für Diskussionen mit den Entwicklungsländern über ausgewählte Maßnahmen, die dem jeweiligen Bedarf und den Sachzwängen entsprechen. • Verbesserung der Instrumente, um zu gewährleisten, dass die neuen Technologien den Armen und Randgruppen helfen. <p>Verbesserung des rechtlichen Rahmens in den Entwicklungsländern.</p>	<p>erstes Halbjahr 2002</p> <p>2002</p> <p>zweites Halbjahr 2002</p> <p>2002</p>	<p>in Arbeit</p> <p>in Arbeit</p> <p>steht noch aus</p>

¹⁰ KOM(2001) 770 endg.

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
6.6 Organisiertes Verbrechen und Terrorismus Ziel: Verhütung und Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und des Terrorismus.				
	<ul style="list-style-type: none"> • Bewertung der im Rahmen der EU-Regionalprogramme laufenden Aktionen. • Gegebenenfalls Neuausrichtung der Unterstützung auf technische Hilfe und Kapazitätsaufbau, im Rahmen eines gezielten EU-Beitrags zu den Gesamtanstrengungen im internationalen Kontext (G8, UNCTC, FAFT) • Erforderlichenfalls Entwicklung neuer Programme für diesen Bereich. 	<ul style="list-style-type: none"> • Höhere Wirksamkeit der EU-Aktionen in diesem Bereich. • Gezieltere Ausrichtung auf Maßnahmen, welche die Umsetzung der Resolution 1373 des UN-Sicherheitsrats über Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus erleichtern 	2002	steht noch aus

TEIL II: GRUNDSÄTZE UND ARBEITSMETHODEN

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
7	<p>STÄRKUNG DER PARTNERSCHAFT UND FÖRDERUNG DER EIGENVERANTWORTUNG</p> <p>Ziel: Die Eigenverantwortung des Partnerlandes für seine Entwicklungsstrategie ist ein Schlüssel zum Erfolg der Entwicklungszusammenarbeit. Daher muss der Dialog vertieft werden und die Kohärenz zwischen der Politik des Landes und den Förderprogrammen der Gemeinschaft gewährleistet werden. Der Dialog soll außerdem dazu dienen, die Voraussetzungen für eine wirksame Zusammenarbeit unter besonderer Berücksichtigung des Kapazitätenaufbaus und der verantwortungsvollen Staatsführung zu schaffen. Dadurch wird eine transparente und verantwortungsvolle Nutzung aller für die Entwicklung vorgesehen Ressourcen gefördert.</p>			
	<ul style="list-style-type: none"> • Stützung der EG-Kooperationsstrategien auf den politischen Dialog und eine verstärkte Beteiligung der Partnerländer an der Programmierung. • Dekonzentration und Dezentralisierung im Rahmen der Reform der Verwaltung der Außenhilfe. • Verstärkter Rückgriff auf Sektorprogramme, die vom Partnerland koordiniert werden. • Nach Möglichkeit Übergang zu direkter Haushaltsstützung, der unter den vorhandenen Finanzierungsmechanismen für Sektorprogramme 	<ul style="list-style-type: none"> • Die eigene Entwicklungsstrategie des Partnerlandes, die auch mit anderen wichtigen Akteuren (ggf. durch PRSP) abgestimmt ist, als Grundlage der EG-Programme für Entwicklungszusammenarbeit. • Mehr Verantwortung des Partnerlandes bei der Verwaltung der EG-Hilfe. 	<ul style="list-style-type: none"> • Programmierungszyklus • direkte Haushaltsstützung: <ul style="list-style-type: none"> – AKP: Umsetzung der Bestimmungen des Abkommens von Cotonou (Artikel 61) – ÜLG: im Entwurf eines Kommissionsvorschlags vorgesehen – Mittelmeer: direkte Haushaltsstützung gemäß der MEDA-Verordnung¹¹ (Artikel 7 und Anhang II) 	<p>in Arbeit</p>

¹¹ Verordnung Nr. 2698/2000 des Rates vom 27. November 2000.

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	der Vorrang zu geben ist.			
8	FÖRDERUNG DER PARTIZIPATION NICHTSTAATLICHER AKTEURE Ziel: Förderung einer breiten Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen am Entwicklungsprozess und der Übernahme von Eigenverantwortung durch diese Gruppen mit Blick auf die Schaffung der Voraussetzungen für größere Gleichheit, die Teilhabe der Armen an den Früchten des Wirtschaftswachstums und die Stärkung der demokratischen Gesellschaftsstruktur. Bei der Umsetzung dieses Konzepts müssen die verschiedenen und sich ergänzenden Rollen des Staates, der Gebietskörperschaften, der Wirtschafts- und Sozialpartner, des Privatsektors und sämtlicher zivilgesellschaftlicher Akteure berücksichtigt werden.			
8.1	Zusammenarbeit und Dialog mit europäischen NRO			
	<ul style="list-style-type: none"> • Ad-hoc-Treffen zwischen europäischen NRO und den Kommissionsdienststellen zu spezifischen Themen (Schuldenerlass, Doha usw.). • Regelmäßiger Dialog (dreimal jährlich) zwischen Vertretern europäischer NRO und dem EG-Kommissar für Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten. 	<ul style="list-style-type: none"> • Besseres gegenseitiges Verständnis. • Bessere Berücksichtigung der Erfahrungen und Vorgehensweisen der NRO. 	<ul style="list-style-type: none"> • ganz 2002 • Nächstes Treffen: Juni 2002 	<p>in Arbeit</p> <p>in Arbeit</p>
8.2	Förderung partizipativer Konzepte in der Entwicklungszusammenarbeit			
	<ul style="list-style-type: none"> • Dienststellenübergreifende Gruppe zur Festlegung der praktischen Modalitäten für den Zugang nichtstaatlicher Akteure zu Finanzmitteln nach den Cotonou-Bestimmungen. • Entwurf eines Hintergrundberichts über die gängigen Praktiken in den verschiedenen Regionen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Besseres Verständnis und stärkere Verbreitung der operativen Verfahren. • Verstärkter Beitrag nichtstaatlicher Akteure zur Aufstellung strategischer Prioritäten, zur Durchführung von Kooperationsprogrammen der EG und zur Konsolidierung der Demokratisierung in den Partnerländern. • Mobilisierung der in der Zivilgesellschaft vorhandenen Fähigkeiten und Fähigkeiten 	<ul style="list-style-type: none"> • Verteilung der praktischen Leitlinien an die Dienststellen und Delegationen bis November 2002. 	<p>in Arbeit</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<ul style="list-style-type: none"> • Mitteilung über die Zivilgesellschaft in der EG-Entwicklungszusammenarbeit. • Bewertung der Art und Weise der Einbeziehung der Zivilgesellschaft der AKP-Staaten in den Konsultationsprozess im Rahmen der Programmierung des 9. EEF. 	<p>vorhandenen Fähigkeiten und Förderung neuer Tätigkeitsfelder, Verbesserung der Komplementarität mit der Tätigkeit der Behörden und der EG auf der Grundlage des potenziellen Mehrwerts und der einschlägigen Fertigkeiten/Interessen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Mitteilung über die Strategie zur Unterstützung der Zivilgesellschaft in der EG-Entwicklungszusammenarbeit: zweites Halbjahr 2002 • 2001 wurden 50 Länderüberprüfungen vorgenommen. Die Bewertung wird 2002 fortgesetzt. 	<p>steht noch aus</p> <p>in Arbeit</p>
9	<p>GEWÄHRLEISTUNG DER KOORDINIERUNG UND KOMPLEMENTARITÄT MIT DEN MITGLIEDSTAATEN UND ANDEREN GEBERN</p> <p>Ziel: Verbesserung der internationalen Koordinierung und Entwicklung hin zu einer Arbeitsteilung auf der Ebene der Länderstrategien zur Steigerung der Effizienz der Hilfe, während das Partnerland in seiner führenden Rolle bei der Koordinierung der gesamten Geberaktivitäten bestärkt wird. Ausbau der Koordinierung innerhalb der Union. Auf internationalen Foren sollte die EU möglichst mit einer Stimme sprechen.</p>			
	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung der Leitlinien zur Intensivierung der operativen Koordinierung zwischen der EG und den Mitgliedstaaten. 	<p>– Gesteigerte Wirksamkeit der Tätigkeit von EG und Mitgliedstaaten auf globaler Ebene.</p> <p>– Über die Länderstrategiepapiere: Konzentration der EG-Programme auf Bereiche, in denen die anderen Geber weniger aktiv sind und die EG komparative Vorteile aufweist sowie/bzw. in denen die Federführung beim Politikdialog einem Mitgliedstaat, einem anderer Geber oder einem internationalen Gremium überlassen bleiben muss.</p> <p>- Umsetzung der Leitlinien für die operative Koordinierung: Erhöhung der Zahl der gemeinsamen Aktionen zur Durchführung von Studien, Analysen und Evaluierungen, Ausbau des Informationsaustauschs und weitere Harmonisierung der Phasen und Fristen im</p>		<p>in Arbeit</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<ul style="list-style-type: none"> • Enge Koordinierung auf operativer/nationaler Ebene mit der Weltbank und dem IWF, Kofinanzierung der PRSP durch Weltbank/EG in enger Verbindung mit der vom IWF geförderten Armutsbekämpfung- und Wachstumsfazilität (PRGF), Durchführung gemeinsamer Missionen, regelmäßiger Austausch von Länderdokumenten, Durchführung des Rahmenabkommens Weltbank/EG über den Treuhandfonds. • Umsetzung der Mitteilung von 2001 über die Beziehungen zwischen UN und EG. • Vorschläge für eine Neugestaltung der Haushaltsordnung im Einvernehmen mit dem Rat. 	<p>Rahmen der Programmierung zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Europäer sprechen in den Gremien der internationalen Finanzinstitutionen auch ohne offizielle Koordinierungsmechanismen stärker mit einer Stimme. - Verbesserung des rechtlichen und finanziellen Kooperationsrahmens - Ermittlung "strategischer UN-Partner", mit denen der Dialog über Programmierung und Konzepte ausgebaut werden könnte. - Aktivere Präsenz und Beteiligung in den verschiedenen Leitungsgremien des UN-Systems. 	<ul style="list-style-type: none"> • Genehmigung der Rechnungsprüfungs-/Kontrollklausel • Abschluss der Neuaushandlung des EG-UN-Rahmenabkommens von 1999 Ende 2003/Anfang 2004. • Abschluss der Ermittlung voraussichtlich Juni/Juli 2003 <p>ganz 2002</p>	<p>abgeschlossen</p> <p>in Arbeit</p> <p>in Arbeit</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
10	VERBESSERUNG DER POLITIKKOHÄRENZ Ziel: Gewährleistung, dass den Zielen der gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik bei der Formulierung und Umsetzung anderer Politiken, die für die Entwicklungsländer relevant sind, Rechnung getragen wird. Ebenso ist gemäß dem Vertrag die Kohärenz zwischen der Entwicklungspolitik und den anderen politischen Zielen der Gemeinschaft zu gewährleisten.			
	<ul style="list-style-type: none"> • Kohärenz der Politikformulierung: in der GD Entwicklung wurde eine "Anlaufstelle Kohärenz" eingerichtet¹². • Politikkohärenz bei der Länderprogrammierung: LSP umfassen künftig einen Abschnitt über Kohärenz, in dem der "Policy-Mix" der EG im Partnerland analysiert wird. • Aktiver Beitrag zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP). • Genaue Verfolgung der Bewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und Lieferung von Inputs für diesen Prozess. • Entwicklung von Methoden für die systematische 	<ul style="list-style-type: none"> • Evaluierungen und Screenings zufolge werden die Entwicklungsziele in den einschlägigen Politikbereichen berücksichtigt. • Systematische Berücksichtigung des "Policy-Mix" der EG in den LSP. • Mehr Kohärenz zwischen der Entwicklungspolitik und der Gemeinsamen Fischereipolitik/Gemeinsamen Agrarpolitik. 	<ul style="list-style-type: none"> • Beschluss über "Anlaufstelle Kohärenz" • ganz 2002 • Ende 2002 	<p>abgeschlossen</p> <p>in Arbeit</p> <p>in Arbeit</p> <p>steht noch aus</p>

¹² Mitteilung an das Kollegium, SEK(2000)728/2.

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	Nachhaltigkeitsprüfung der EG-Initiativen im sozialen, umweltpolitischen oder wirtschaftlichen Bereich.			
11.	RASCHERE BEREITSTELLUNG UND BESSERE QUALITÄT DER AUSSENHILFE			
11.1	Stärkung des Programmierungsprozesses			
	<p>Ziel: Die Reform der Verwaltung der Außenhilfe umfasst eine grundlegende Überarbeitung des Programmierungskonzepts, das die politischen Ziele und Prioritäten widerspiegeln soll. Die mehrjährige Programmierung der Außenhilfe der Gemeinschaft erhält größeres Gewicht, um zu gewährleisten, dass jedes Land bzw. jede Region den richtigen "Mix" aus verschiedenen Politiken und Instrumenten der Gemeinschaft erhält. Der Politikdialog mit den Empfängerländern gilt als Schlüsselement des Prozesses.</p>			
	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung des neuen gemeinsamen Rahmens für die Länderstrategiepapiere¹³. Leitlinien in Vorbereitung, die für die Programmierung in allen Entwicklungsländern gelten sollen. • Fortsetzung der Arbeiten der dienststellenübergreifenden Gruppe für Qualitätssicherung, die 2000 eingerichtet wurde¹⁴. Die Gruppe bewertet die Entwürfe für die Länder- und Regionalstrategien zur Gewährleistung einer einheitlich hohen Qualität der LSP; sie sammelt und verbreitet außerdem "bewährte 	<ul style="list-style-type: none"> • Kohärentere Programmierung der EG-Hilfe in den verschiedenen Regionen und Gebieten/Sektoren. • Hohe Qualität der Programmierung und Kohärenz mit den strategischen Vorgaben und Prioritäten (Schwerpunkt Armut, Konzentration) und den regionalen und internationalen Verpflichtungen der EG. 	<ul style="list-style-type: none"> • LSP: Programmierungszyklen • ganz 2002 	<p>in Arbeit</p> <p>in Arbeit</p>

¹³ Arbeitsdokument der Kommission vom Mai 2000 - Schlussfolgerungen des Rates vom 10. November 2000.

¹⁴ wie in der Mitteilung über die Reform der Verwaltung der Außenhilfe vom 16. Mai 2000 vorgesehen.

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	Praktiken". • Einholung von Feedback nach der Überprüfung von Mehrjahresprogrammierungen.		• ganz 2002	in Arbeit
11.2	Vereinheitlichung der Verwaltung des Projektzyklus beim Amt für Zusammenarbeit EuropeAid Ziel: raschere und bessere Durchführung der Hilfe durch Zusammenlegung des Projektzyklus von der Projektfindung bis hin zur Evaluierung.			
	<ul style="list-style-type: none"> • Nach der Gründung von EuropeAid im Jahr 2001 weitere Verbesserung der Durchführung. • Die Büros für technische Hilfe wurden im Laufe des Jahres 2001 aufgelöst und ihre Aufgaben von der Kommission übernommen. • Ein Qualitätssicherungssystem wird in der GD AIDCO eingerichtet. Es umfasst eine Gruppe für Qualitätssicherung und ein thematisches Netz für wichtige Bereiche. • Ausarbeitung von Umsetzungsleitlinien für wichtige Bereiche, wie z.B. Sektorkonzepte für das Bildungs- und das Gesundheitswesen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Kohärenteres und effizienteres Programmmanagement. • Anwendung hoher Qualitätsstandards in allen Phasen der Programmplanung und -durchführung. 	<ul style="list-style-type: none"> • ganz 2002 • ganz 2002 <p>Leitlinienentwurf: Mitte 2002. Der Leitfaden über die Haushaltsstützung ist fertiggestellt.</p>	<p>in Arbeit</p> <p>teilweise abgeschlossen</p> <p>in Arbeit</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
11.3	Reform der Rollenverteilung zwischen Mitgliedstaaten und Kommission ("Komitologieverfahren") Ziel: Neuausrichtung der Tätigkeit der Verwaltungsausschüsse auf mehr strategische und sektorpolitische Fragen.			
	<ul style="list-style-type: none"> • Fortsetzung der Bemühungen um Rationalisierung und Harmonisierung der Komitologieverfahren für alle regulären Außenhilfelinstrumente der EG. 	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserte Ausgangsbasis für politische Steuerung seitens der Mitgliedstaaten. • Stärkere Konzentration der Ausschusstätigkeit auf die frühen strategischen Entscheidungsphasen und weniger auf das Detailmanagement von Projekten. 	<ul style="list-style-type: none"> • jeweils Vorlage von Kommissionsvorschlägen, wenn die betreffende Verordnung geändert werden soll (für MEDA bereits erfolgt; für ALA voraussichtlich im ersten Halbjahr 2002). 	in Arbeit
11.4	Übertragung von Aufgaben und Befugnissen auf die EG-Delegationen in Drittländern (Dekonzentration) Ziel: Steigerung der Relevanz, Wirksamkeit und Geschwindigkeit der Hilfe durch Übertragung von Zuständigkeiten auf die Kommissionsdelegationen.			
	<ul style="list-style-type: none"> • Festlegung eines operativen Konzepts für die Dekonzentration nach dem Grundsatz, dass alle Angelegenheiten, die sich besser vor Ort verwalten und entscheiden lassen, nicht in Brüssel verwaltet und entschieden werden sollten (bis März 2001 abgeschlossen). • Festlegung der Ressourcen und eines Aktionsplans zur Stärkung der 21 Delegationen der ersten Dekonzentrationswelle, so dass das vereinbarte Konzept umgesetzt werden kann (bis Juli 2001 abgeschlossen). • Mobilisierung der erforderlichen Ressourcen (personelle, technische 	<ul style="list-style-type: none"> • 78 Delegationen verwalten die EG-Außenhilfe (geografisch ausgerichtete Programme) nach dem vereinbarten Konzept (bis Ende 2003). 	<ul style="list-style-type: none"> • 1. Phase: 21 Delegationen im Jahr 2001 • 2. Phase: 26 Delegationen im Jahr 2002 • 3. Phase: 31 Delegationen im Jahr 2003 	abgeschlossen in Arbeit

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<p>und finanzielle Ressourcen, Telekommunikationsausrüstung und Computer) in den 21 Delegationen der ersten Dekonzentrationswelle (in den meisten Fällen bis Ende 2001 abgeschlossen).</p> <ul style="list-style-type: none"> • Festlegung der Ressourcen und eines Aktionsplans zur Stärkung der 26 Delegationen der zweiten Dekonzentrationswelle. • Mobilisierung der erforderlichen Ressourcen (personelle, technische und finanzielle Ressourcen, Telekommunikationsausrüstung und Computer) in den 26 Delegationen der zweiten Dekonzentrationswelle. 		<ul style="list-style-type: none"> • bis April 2002 • bis Ende 2002 	<p>steht noch aus</p> <p>steht noch aus</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
11.5	Ausbau der Evaluierungsfunktion			
	<ul style="list-style-type: none"> Mehrjahresrichtprogramm vom EuropeAid-Lenkungsausschuss am 29.11.2001 genehmigt. Entsprechende Anpassung der Jahresprogramme. Rahmenvertrag zur Unterstützung der Entwicklung, Prüfung und Verbreitung von Evaluierungsmethoden (Ex-ante-, Zwischen- und Ex-post-Evaluierungen) für die Instrumente der Zusammenarbeit mit Drittländern. Einrichtung eines Feedback-Verfahrens für die Evaluierungsberichte. 	<p>Sektorspezifische oder thematische Evaluierungen rechtzeitig verfügbar.</p> <p>Verbesserung von Qualität und Methode.</p> <p>Stärkere Berücksichtigung der Evaluierungsergebnisse.</p>	<p>2002-2006</p> <p>März 2002</p> <p>Herbst 2002</p>	<p>abgeschlossen</p> <p>Ausschreibung eingeleitet</p>
11.6	Verringerung der Zahl der Instrumente und Vereinfachung der Verfahren Ziel: Eindämmung der Fragmentierung der Entwicklungshilfeinstrumente. Allmähliche Harmonisierung der Funktionsweise der Finanzierungsinstrumente. Dabei sollte mit der Aufnahme des EEF in den Haushalt begonnen werden, wobei die bestehenden Haushaltslinien nach einigen zentralen Sachverhalten thematisch zusammenzufassen sind und ihre Anzahl entsprechend zu verringern ist.			
	<ul style="list-style-type: none"> Rationalisierung der EEF-Instrumente im Rahmen des Abkommens von Cotonou. Zusammenlegung der alten EEF mit dem 9. EEF. Entsprechendes Vorgehen für die ÜLG. 	<ul style="list-style-type: none"> Besserer Einsatz der vorhandenen Finanzmittel, mehr Kohärenz bei der Durchführung, kürzere Mittelverwendungsfristen. 	<p>AKP: Umsetzung des Abkommens von Cotonou</p>	<p>teilweise abgeschlossen</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
	<ul style="list-style-type: none"> • Verringerung der Anzahl der Haushaltslinien (derzeit 70). Die Mitteilung über die Verknüpfung von Soforthilfe, Rehabilitation und Entwicklung ist mit diesem Ansatz ebenfalls vereinbar, da darin mögliche Vereinfachungen in Erwägung gezogen werden, um Situationen nach Krisen besser bewältigen zu können. • Anwendung des praktischen Leitfadens für die Vergabeverfahren im Rahmen der Außenhilfe der EG. • Abschluss von Haushaltsabläufen (Gesamthaushaltsplan) und EEF. • Fertigstellung und Anwendung des Finanzleitfadens für die aus dem Gesamthaushaltsplan finanzierten Maßnahmen für Drittländer. • Aktualisierung des Finanzleitfadens für die aus dem 7. EEF und dem 8. EEF finanzierten Maßnahmen. Fertigstellung und Anwendung des Finanzleitfadens für die aus dem 9. EEF finanzierten Maßnahmen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Wirksamkeit und Kohärenz durch Verringerung der Haushaltslinien (in thematischen Bereichen). • Mehr Transparenz und Rationalisierung der Vergabeverfahren. • Mehr Transparenz und Rationalisierung der Vergabeverfahren. • Mehr Transparenz und Rationalisierung der Vergabeverfahren. Mehr Transparenz und Rationalisierung der Finanzverfahren. 	<p>Vorschläge im ersten Halbjahr 2002 vorzulegen.</p> <p>ganz 2002</p> <p>Anfang 2001</p> <p>Ende 2001</p> <p>Ende 2001</p>	<p>in Arbeit</p> <p>in Arbeit</p> <p>abgeschlossen (Jan. 2001)</p> <p>abgeschlossen (Feb. 2002)</p> <p>abgeschlossen (Jan. 2002)</p>

Nr.	Getroffene/geplante Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse	Zeitplan	Stand
12	BESSERE INFORMATION			
Ziel: Information der Öffentlichkeit über die Herausforderungen und Ziele der europäischen Solidarität mit den Entwicklungsländern. Information des Rates, des Parlaments und anderer Akteure über die Umsetzung der Erklärung über die gemeinschaftliche Entwicklungspolitik.				
	<ul style="list-style-type: none"> • Interne Information: (i) ein gemeinsames Relex-Informationssystem (CRIS) über die Finanzierung und die Programme der Zusammenarbeit wird derzeit entwickelt ebenso wie eine Klassifizierung der Maßnahmen nach Sektoren gemäß den DAC-Kriterien. Die Delegationen müssen noch an das System angeschlossen werden. (ii) Jedes Referat der GD DEV verfügt nun über eine eigene Website. • Externe Information: Aktionsprogramm und Jahresbericht an Rat und Parlament • Abstimmung der AIDCO-Internetseiten über Programme und Projekte mit den Websites der GD RELEX und der GD DEV. 	<ul style="list-style-type: none"> • Besserer Informationszugang für Personal und Delegationen. • Regelmäßige Verfügbarkeit der zur Bewertung der EG-Entwicklungspolitik erforderlichen Informationen. • Information der Öffentlichkeit über die laufenden Maßnahmen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Stufenweise Ausdehnung des CRIS ab Januar 2002 (im weiteren Jahresverlauf auf die Delegationen). • regelmäßige Aktualisierung des Aktionsprogramms (jedes Jahr im April/Mai) • Zweiter Jahresbericht über die Entwicklungspolitik der EG: zweites Halbjahr 2002. <p>Mai 2002: Aktionsprogramm. Juli/September 2002: Jahresbericht.</p>	<p>teilweise abgeschlossen</p> <p>abgeschlossen</p> <p>steht noch aus</p> <p>in Arbeit</p>